



## Erklärung zur Lage in der Ukraine (24.02.2022)

(Es gilt das gesprochene Wort)

Heute ist ein dunkler und trauriger Tag für Europa. Die Stabilität und Sicherheit Europas sind in Gefahr.

In den letzten zwei Monaten haben sich alle führenden Politiker Europas sowie die NATO-Verbündeten dafür eingesetzt, Russland dazu zu bewegen, den Weg der Deeskalation und der Diplomatie zu wählen. Der militärische Angriff auf die Ukraine in der vergangenen Nacht hat jedoch gezeigt, dass Russland sich für den Weg der Waffen entschieden hat.

Ich verurteile diesen militärischen Angriff aufs Schärfste, ebenso wie ich die Entscheidung des Präsidenten der Russischen Föderation vom Montag verurteilt habe, die Minsker Abkommen einseitig aufzulösen, indem Russland die ukrainischen Separatistengebiete anerkannt hatte.

Die EU hat schnell reagiert und gestern ein erstes Paket von Sanktionen, die sich auf drei Bereiche konzentrieren, verabschiedet:

- Gezielte restriktive Maßnahmen gegen russische Einzelpersonen und Organisationen, die an der militärischen Aggression beteiligt waren - Visaverbot, Einfrieren von Vermögenswerten.
- Restriktive Maßnahmen im Finanzbereich, um den Zugang Russlands zu den EU-Finanz- und Kapitalmärkten weiter einzuschränken. Konkret wird somit der Erwerb von Finanzinstrumenten, die von Russland, seiner Regierung oder seiner Zentralbank vergeben werden, verboten.

- Die Einfuhr von Waren aus den Separatistengebieten Donezk und Luhansk, die nicht unter der Kontrolle der ukrainischen Regierung stehen, wird verboten.

Dies ist nur das erste Sanktionspaket und die EU steht bereit, weitere Sanktionen zu verhängen.

Heute Abend werde ich in Brüssel sein, um unsere Antwort mit den europäischen Partnern abzustimmen und Präsident Putin aufzufordern, diesen Militäreinsatz sofort zu beenden. Es ist wichtig, dass wir unser Handeln gegenüber Russland abstimmen, und dass Russland für seine Handlungen zur Rechenschaft gezogen wird. Wir werden auch darüber beraten, wie wir der Ukraine und ihren Bürgern zur Seite stehen können.

Ich bin besonders besorgt darüber, dass es immer wieder die Zivilbevölkerung ist, die den höchsten Preis für diese militärischen Eskalationen zahlt.

Unsere oberste Priorität ist es, einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Zivilbevölkerung zu schützen und zu unterstützen.

Heute Morgen habe ich einen außerordentlichen Regierungsrat einberufen. Bei dieser Gelegenheit haben wir auch über die Energieversorgung der Bürger und Unternehmen in Luxemburg gesprochen. Wir erleben derzeit eine Ausnahmesituation, die eine Reihe von Unsicherheiten mit sich bringt. Innerhalb der Regierung sind wir uns jedoch alle einig, dass wir unser Land und unsere Bevölkerung vor einem Anstieg der Energiepreise aufgrund des geopolitischen Kontexts schützen müssen.

Aus diesem Grund haben wir beschlossen, am kommenden Montag ein Rundtischgespräch zum Thema Energie einzuberufen, an dem alle Energieversorger Luxemburgs teilnehmen, um gemeinsam schnelle und effiziente Lösungen zu finden.

Parallel dazu arbeitet die Regierung an konkreten Maßnahmen, um den Haushalten zu helfen, die am meisten unter dem derzeitigen Preisanstieg leiden.

Heute Nachmittag um 14 Uhr werde ich die Abgeordnetenversammlung, gemeinsam mit dem Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten, Jean Asselborn, und dem Minister der Verteidigung, François Bausch, über die neuesten Entwicklungen informieren.

Um 15:30 Uhr ist ein Gespräch mit dem ukrainischen Präsidenten geplant. Heute Abend findet in Brüssel ein außerordentlicher Europäischer Rat statt. Morgen früh um 10:00 Uhr wird der Regierungsrat erneut tagen.

Wir sind uns bewusst, dass Sie sicher viele Fragen haben, auf die wir Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt keine endgültigen Antworten geben können. Die Regierung arbeitet derzeit auf allen Ebenen mit ihren europäischen und internationalen Partnern zusammen, um die bestmöglichen Lösungen für die Menschen in der Ukraine, in Europa und in Luxemburg zu finden.